

Mit ZUKUNFT gestalten - Zukunft mitgestalten

lokale **agenda 21** *berlin*

Kurzfassung des vom Agendaforum
beschlossenen Agenda-Entwurfes



Vorwort

des Regierenden Bürgermeisters von Berlin,
Klaus Wowereit,

„**Was zu tun ist**“: Das ist die Bedeutung des Wortes „Agenda“. Und in der Tat, es gibt eine Menge zu tun.

Es ist unsere Pflicht, der nächsten Generation Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu eröffnen und diese nicht weiter zu verbauen. Es geht um eine intakte Umwelt und um eine lebenswerte Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird und möglichst viele eine Chance bekommen. Und es geht um nachhaltiges Wirtschaften und um gesunde Finanzen.

Diese Broschüre enthält eine Reihe bedenkenswerter Vorschläge. Sie wurden von engagierten Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet. Und sie sollen der Verständigung auf eine „Lokale Agenda 21“ für Berlin dienen, also klären helfen, „was zu tun ist“.

Allen, die am Zustandekommen dieses Entwurfes mitgewirkt haben, danke ich für Ihre Ideen und für ihren Einsatz. Ich wünsche der Broschüre, dass sie möglichst viele Berlinerinnen und Berliner zum gemeinsamen Nachdenken anregt, dass sie auf eine gute Resonanz stößt, viele fruchtbare Diskussionen auslöst und dazu motiviert, an der Gestaltung der Zukunft Berlins mitzuwirken.

Berlin im Juni 2004



Inhalt

EINLEITUNG	4
PRIORITÄRE HANDLUNGSFELDER	
Die Umwelt erhalten	
• Verkehr/Mobilität	6
• Berlin in der märkischen Landschaft	9
Das soziale Leben in der Stadt gestalten	
• Soziale Stadtentwicklung – Soziale Kohäsion	11
• Partizipation	14
Innovationen fördern, Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen	
• Zukunft der Arbeit	16
• Strukturwandel zur Informationsgesellschaft	18
• Bildung für die Zukunft	20
Globale Verantwortung	
• Berlin in der Einen Welt	22
• Klimaschutz	24
• Geschlechtergerechtigkeit umsetzen	26
LEITPROJEKTE	28
ADRESSEN	32

Impressum

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
im Auftrag des Agendaforums
und mit finanzieller Unterstützung der
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Layout & Umschlag: LayoutManufaktur
Druck: Oktoberdruck, 100 % Recyclingpapier
Auflage: 5.000

Bildnachweis: Verkehrsforum Berlin-Mitte (S. 6), Moa-
biter Ratschlag (S. 14), VHS Friedrichshain-Kreuzberg,
Fotokurs (S. 16), Senioren-Computerclub Lichtenberg
(S. 18), VHS-Landesverband Niedersachsen (S. 20),
gepa (S. 22), Bundesumweltministerium (S. 26), Archiv

Berlin, Juni 2004

Einleitung

Die „Berliner Agenda 21“ ist ein Vorschlag und eine Aufforderung, die Zukunft zu gewinnen. Nicht nur die eigene, sondern auch die Zukunft der kommenden Generationen. Auch sie sollen in Berlin und Umgebung gut leben und noch entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Die Berliner Agenda, dieses Programm für eine nachhaltige Entwicklung, soll also dazu beitragen, dass wir uns unsere Zukunft nicht verbauen.

Das berührt alle Lebensbereiche und Handlungsebenen. Nachhaltige Entwicklung trachtet danach, Umwelt, soziales Leben und Wirtschaft in Einklang zu bringen und in Balance zu halten. Das kann nur gemeinsam und im gerechten Ausgleich gelingen. Darüber ist zu reden, nach- und vorzudenken. Und dann ist danach zu handeln.

Die Berliner Agenda ist nicht von Politiker/-innen gemacht, sondern in einem Dialogprozess von Bürgerinnen und Bürgern entstanden. So wurde es von der UN in der „Agenda 21“ gefordert und in vielen Städten weltweit auch erfüllt. So wollte es das Berliner Parlament und dafür wurde das „Agendaforum“ gebildet, ein Gremium, in dem Menschen aus Organisationen, Gruppen und Initiativen der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche zusammenkamen, um verlässliche Wege in die Zukunft zu finden. Sie identifizierten zunächst die Handlungsfelder, in denen es besonders nötig ist, umzusteuern oder in denen eine Änderung von Strategien und Verhalten möglichst großen Nutzen bringt. Dafür formulierten sie dann in Arbeitsgruppen und Fachforen Handlungsziele, entwickelten genauere Vorschläge für verschiedene Programme und Maßnahmen und schlugen schließlich Projekte vor, mit denen einzelne Elemente davon realisiert werden sollen.

Die Verwaltung hat diesen Prozess beratend begleitet. Der hohe Anspruch, ehrenamtliches Engagement und hierarchische Verwaltungsstrukturen zusammenzubringen, war für alle Beteiligten eine neue Herausforderung. Er konnte nicht immer eingelöst werden. Der Dialog kann jedoch, trotz verschiedener Interessen und Motivationen, als grundsätzlich Gewinn bringend bewertet werden und bietet damit für die künftige Arbeit eine unerlässliche und Erfolg versprechende Perspektive.

Der Diskussionsprozess dauerte etwa drei Jahre und wurde von einer Serie öffentlicher Dialogveranstaltungen in den Bezirken und auf gesamtstädtischer Ebene begleitet. Am 15. März 2004 wurde die Berliner Agenda schließlich vom „Agendaforum“ verabschiedet und liegt nun dem Abgeordnetenhaus von Berlin zur Diskussion und Beschlussfassung vor.

Diese Broschüre – ein kurzer Überblick über die Berliner Agenda – versucht nun begreifbar zu machen, vor welchen Herausforderungen die Stadtpolitik steht und wie wir selbst unser Verhalten verändern können. Sie soll anregen, sich mit den „nachhaltigen“ Konzepten und Projekten zur Zukunftsgestaltung zu beschäftigen und neue Ideen und Initiativen für die weitere Entwicklung der Berliner Agenda zu entwickeln.



Ohne Stress ankommen



Entsprechend unserem grundlegenden Verständnis von Nachhaltigkeit im Verkehr soll in ökologischer Hinsicht eine Minimierung der vom Verkehr ausgehenden Schäden und Risiken für die Umwelt erreicht werden; in ökonomischer Hinsicht soll der Verkehr zur Sicherung von Arbeit und wirtschaftlichem Erfolg beitragen, die volkswirtschaftlichen Verluste der Verkehrsorganisation sollen reduziert und die verfügbaren Ressourcen sparsam und wirkungsvoll eingesetzt werden. In sozialer Hinsicht sollen die Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer und die Erreichbarkeit von Einrichtungen gewährleistet werden, gesundheitliche Gefahren sind zu vermeiden, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ist spürbar zu erhöhen. In einem breiten und kontinuierlichen Partizipationsprozess soll eine nachhaltige Entwicklung im Verkehrsbereich vorangetrieben werden.

→ Problembeschreibung

Die verkehrsinduzierten Belastungen der Umwelt aufgrund der CO₂-, der Luftschadstoff- und der Lärmemissionen sind schwerwiegend. Gleichzeitig bestehen nach Meinung zahlreicher Akteure immer noch Infrastrukturdefizite, sowohl auf der regionalen als auch auf der internationalen Ebene. Die Umsetzung wirksamer Gegenstrategien zur Begrenzung des Kfz-Verkehrs ist noch ungenügend, allerdings ist der Handlungsspielraum Berlins für Maßnahmen, die eine finanzielle Beteiligung der Stadt erfordern, stark eingeschränkt.

→ Leitbild: Berlin – Stadt der gelebten nachhaltigen Mobilität

Berlin als Stadt der gelebten nachhaltigen Mobilität ist die Stadt der kurzen Wege, in der Menschen und Waren problemlos ihre alltäglichen Ziele erreichen. Bei der Realisierung der Mobilitätsbedürfnisse ist Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und allen sozialen Gruppen gegeben. Der Umweltverbund ist attraktiv, bequem und einfach zu nutzen und lässt sich gut mit den Routinen des Alltags verbinden. Externe Kosten sind stark in die Marktpreise integriert, die Marktkräfte bewegen somit das Angebot und die Nachfrage in Richtung verbesserte ökonomische und ökologische Effizienz und weniger Umweltbelastung. Durch eine attraktive Innenstadt ist der Wegzug ins Umland gestoppt.

→ Indikatoren und Handlungsziele

Auf der Ebene der Ziele und Indikatoren wird der Schwerpunkt auf die ökologische und soziale Zieldimension gelegt. Die Bewältigung der Probleme der Verkehrsfolgen wird im Rahmen der Lokalen Agenda als vordringlich angesehen.

- Siedlungs- und Verkehrsfläche (in ha); Begrenzung der zusätzlichen Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 5% des Durchschnitts der Jahre 1991-2000 bis 2020
- Verkehrsbedingte CO₂-Emissionen (in t/a); -15% bis 2010 und -30% bis 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2000)
- Durchschnittliche Benzolmissionen an Hauptverkehrsstraßen (in µg/m³); 1,1 µg/m³ bis 2025 (entspricht der „Virtuell Sicheren Dosis“)
- Durchschnittliche Rußmissionen an Hauptverkehrsstraßen (in µg/m³); 0,14 µg/m³ bis 2025 (entspricht der „Virtuell Sicheren Dosis“)



Berlin in der märkischen Landschaft



Moderne Stadtgesellschaften sind räumlich expansiv. Der weiteren Zersiedlung des Berlin-Brandenburger Raums Einhalt zu gebieten, ist daher übergeordnetes Ziel des Handlungsfelds „**Berlin in der märkischen Landschaft**“. Um die anhaltende Abwanderung aus der Stadt zu vermindern, werden Maßnahmen zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität vorgeschlagen. Zugleich versucht das Handlungsfeld, die Verflechtung der Stadt Berlin mit der Region neu zu definieren und zu gestalten.

Orientierendes Leitbild ist der **märkische Siedlungsstern**. Die Schwerpunkte des Wohnens sollen künftig weit deutlicher in den Einzugsbereichen der Bahnlinien liegen, die trassenförmig aus Berlins Mitte in die märkische Region führen. Zugleich sollen die Freiflächen in den Randzonen Berlins durch einen zusammenhängenden **Grüngürtel** in ihrer Naturqualität und landschaftlichen Kultur erhalten und entwickelt werden. Dieser Grüngürtel kann sich auf acht ausgewiesene Regionalparks stützen. Schließlich werden Initiativen angeregt, Stadt und benachbarte Region über vermehrte umweltverträgliche wirtschaftliche Aktivitäten einschließlich der Naherholung besser zu verzahnen.

Zu acht Bereichen werden Vorschläge für Aktivitäten entwickelt. Es handelt sich um

- Die Regionalparks
- Die Stadtgüter
- Regionale Agrarwende und Bio-Vermarktung in der Stadt
- Flächenverbrauch und Bodenschutz
- Grünflächen in der Stadt

- Lärmimmissionen im Straßennetz (in km Straßenseite je Pegelklasse); höchstens 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts bis 2015 (entspricht den gesundheitsbezogenen Empfehlung zur Vermeidung eines erhöhten Infarktrisikos)
- Verkehrstote pro Jahr; bis 2015 unter 30 Verkehrstote, bis 2030 „Vision Zero“: Null Verkehrstote und Schwerverletzte

→ Maßnahmen

Die Maßnahmenvorschläge beziehen sich auf die folgenden Bereiche:

- Förderung der Stadt der kurzen Wege
- Steigerung der Attraktivität und Sicherheit des Fußgänger- und Fahrradverkehrs
- Steigerung der Attraktivität des ÖPNV
- Förderung eines umweltverträglichen Güterverkehrs
- Verkehrsberuhigung
- Stärkung der Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe
- Etablierung einer neuen Mobilitätskultur
- Reduzierung des Flugverkehrs

→ Projekte

Als konkrete kurzfristige Projekte werden vom Fachforum unterstützt:

- Shopping per Rad in Berlin
- Das Fahrradtaxi – Etablierung als Logistiklösung und Berliner Verkehrsmittel.
- Europäisches Netzwerk Mobilität und Lokale Agenda 21

Zukünftige Leitprojekte in der Lokalen Agenda sind:

- Förderung bereits bestehender Projekte zu Jugend- und Fahrradstraßen
- Einschränkung von Verkehrsflächen in Großwohngebieten
- Umgestaltung von Verkehrseinrichtungen: Umweltbahnhof Dannenwalde und Mobilitätszentrum im Hafen der Kulturen – Hafen Tempelhof und Mobilitätszentrale am Bahnhof Hohenschönhausen

→ Kontakt

Christian Kölling, Tel. 68165 68
Koelling@p-soft.de

- Interkulturelle Gärten
- Natur in der Stadt
- Schonende Gewässernutzung

Besonderes Gewicht wird auf drei Projekte gelegt:

Das Projekt **Regionalparks** soll die Zusammenarbeit dieser Gebiete – und damit den Grüngürtel – über die noch bestehenden Ländergrenzen hinweg voranbringen. So werden gezielte Maßnahmen des Landschaftsschutzes – wie eine Wiedervernässung dazu geeigneter Rieselfelder – vorgeschlagen und eine Verbesserung und Verdichtung des öffentlichen Verkehrs angeregt. Initiativen zur Vermarktung insbesondere landwirtschaftlicher Produkte aus den Regionalparks sind vorgesehen. Eine besondere Rolle spielen in allen genannten Punkten die acht Berliner Stadtgüter mit insgesamt 24.000 ha Fläche, deren weitgehend ökologische Umgestaltung vorgeschlagen wird.

Das Projekt **Bio-Vermarktung** will Impulse für den ökologischen Landbau in der Region insgesamt dadurch geben, dass die Vermarktung ihrer Produkte in Berlin gesteigert wird. Die grenznahen ländlichen Gebiete Polens sind dabei ausdrücklich einbezogen. Der Vertrieb von Bio-Produkten soll in der Wirtschaftsförderung stärker Beachtung finden und eine gezielte Information und Beratung von Verbraucher/-innen und Handel entwickelt werden. Außerdem wird vorgeschlagen, schrittweise ansteigende Mindestanteile von Bio-Kost in allen öffentlichen Einrichtungen der Stadt – in Kita, Krankenhaus und Kantine – vorzusehen. Schließlich wird die ökologische Bewirtschaftung der Kleingärten sowie der Erhalt alter Kultursorten und Tierrassen in Land- und Viehwirtschaft unterstützt.

Drittes Leitprojekt sind **interkulturelle Gärten**. Als wichtiges sozialpolitisches Ziel der Stadt wird vorgeschlagen, die Partizipation der Immigranten und Spätaussiedlerfamilien an den über 80.000 Kleingärten der Stadt entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil deutlich zu erhöhen. Das wird verbunden mit einer Initiative, die verschiedenen Bräuche und Praktiken in der Gartengestaltung öffentlich zur Geltung zu bringen. Gruppen und Familien aus unterschiedlichen kulturellen Milieus soll Gelegenheit gegeben werden, in „interkulturellen Gärten“ ihre Traditionen des Gartenbaus in umweltgerechter Weise darzustellen.

→ Kontakt

Dr. Hartwig Berger, Ökowerk Berlin,
Tel. 31800406, hartwig.berger@t-online.de

Stärke aus der Summe der Unterschiede



→ Problem

Durch Wegzug bessergestellter Familien mit Kindern aus der Innenstadt entstehen überforderte Nachbarschaften, die gekennzeichnet sind durch Arbeitslosigkeit, Armut, Kinderlosigkeit, Überalterung und Desintegration von Migranten. Nachbarschaftlich tragende Strukturen lösen sich auf, Selbsthilfekräfte und Verantwortungsübernahme für das Gemeinwesen geraten ins Hintertreffen. Programme zur Verbesserung der Wohnungssituation und des Wohnumfelds haben diese Probleme zwar zum Teil entschärft, nicht aber beseitigen können. Nicht nur in „Problemkiezen“ sind amtliche Unterstützungsmaßnahmen vonnöten, damit Stadtteile sich wieder stabilisieren und die Bewohner bleiben.

→ Leitbild

Berlin ist eine weltoffene, zukunftsfähige, funktional und sozial gemischte Stadt.

Berlin wird geprägt durch die Weltoffenheit seiner Bürger/-innen. Interkulturelle Kontakte schaffen eine funktionale und soziale Vielfalt in der Stadt. Durch Integrationsarbeit in den Stadtteilen verbessern sich die Startchancen ihrer Bewohner/-innen und schaffen Identifikationsmöglichkeiten. So können sich alle in ihrem Quartier wohlfühlen und wollen dort wohnen bleiben.

Dieses Leitbild wird durch die Verantwortlichen in den Behörden und der freien Wirtschaft unterstützt. Durch das Engagement der Bürger/-innen selbst und durch die Kooperation aller Verantwortlichen und Akteure in den Quartieren werden so aus überforderten Nachbarschaften nunmehr tragfähige und stabile Gemeinwesen.

1. Qualitätsziel: Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Ortsteilen

Handlungsziele

Akzeptanz und Toleranz müssen den alltäglichen Umgang mit Einkommensschwachen, Zugezogenen, weniger mobilen und nicht erwachsenen Personen durch Einbeziehung und Unterstützung prägen. Die Integration von Migranten/-innen wird durch zusätzliche qualifizierte Sprachförderung, interkulturelle Lernprozesse und Förderung der Jugendkultur gestärkt. Die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Schaffung von lokalen Angeboten für vielfältigen Lebens- und Wohnraum (generationenübergreifendes Wohnen, Jugendwohngemeinschaften).

Maßnahmen

- Einrichtung interkultureller Gärten
- weitere Qualifizierung und Ausbau von Sprachwerbs- und Förderangeboten sowie ausreichende qualifizierte Angebote für Jugendliche
- Ausbau der Mietermitbestimmung bei den städtischen Wohnungsunternehmen
- Ausbau der Schulsozialarbeit, u.a. durch Vernetzung mit entsprechenden Infrastrukturangeboten mit Öffnung für die Nachbarschaft
- Verstetigung und Ausbau der bisher bereits bestehenden Stadtteilzentren sowie ergänzende Entwicklung eines durch Anwohner/-innen getragenen Netzes von Nachbarschaftstreffs
- Aufbau eines Beratungs- und Informationsportals für Interessent/-innen am gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Wohnen mit dem Schwerpunkt sozialer Einbindung der Älteren

2. Qualitätsziel: Übernahme sozialer Verantwortung von Bewohner/-innen

Handlungsziele

Verstärkter Einsatz von neuen Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Bürgerjury, Kiezfonds, Planungszelle), Einbeziehung der Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen bei der Arbeit in Nachbarschaftstreffs

Maßnahmen

- Mehrfachnutzung der öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Schulhöfe, Kitas, Seniorenfreizeitstätten und Sporteinrichtungen
- Ausbau und Qualifizierung der bestehenden Freiwilligenagenturen

3. Qualitätsziel: Bewohnerengagement entwickeln

Handlungsziele

Einrichtung lokaler Kooperationsrunden der Wirtschaft für Praktika und Arbeitsplätze für Jugendliche, Stellenangebote und Existenzgründungen im Quartier, Übernahme von Tätigkeiten im Rahmen der Hausbewirtschaftung durch Mieter/-innen

Maßnahmen

- Fortführung und Ausbau von Verfügungs- und Aktionsfonds (Kiezfonds)
- Lokale Beschäftigungsbündnisse und Stadtteilgenossenschaften und Förderung von Netzwerkbildung

4. Qualitätsziel: Erhöhung des persönlichen Sicherheitsgefühls durch soziale Kontrolle

Handlungsziel

Erhöhung der individuellen Verantwortung für das Wohnquartier und Gewaltprävention

Maßnahmen

Bewohnerbeteiligung und bauliche Verbesserungen in Gebäuden und Wohnumfeld

5. Qualitätsziel: Gesundheit

Gesundheitliche Prävention insbesondere durch Sicherung von unbelasteten Aufenthalts- und Bewegungsräumen für alle. Handlungsziele und Maßnahmen müssen erst erarbeitet werden, da bisher kaum wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen in gezielter Prävention mit integrierten Maßnahmen vorliegen.

→ Indikatoren

Indikatoren für das gesamte Handlungsfeld Soziale Stadtentwicklung sind zurzeit noch nicht ausreichend verfügbar, sondern müssen im weiteren Prozess erst entwickelt werden.

→ Leitprojekte

1. Das Revaler Viereck – ein Modellprojekt für nachhaltige innerstädtische Entwicklung auf Brachflächen
2. Generationenübergreifendes Wohnen
3. Autofreies Wohnen-Stadtviertel z.B. Autofreies Wohnen an der Panke
4. experiment city berlin fördert partizipative und nachhaltige Entwicklungen von Berliner Brachflächen

→ **Kontakt:** Norbert Rheinlaender, Tel. 788 33 96, Norbert.Rheinlaender@t-online.de

Teilhabe und mitentscheiden!



→ Leitbild

Berlin wird eine Stadt souveräner Bürgerinnen und Bürger. Als Experten in eigener Sache entscheiden sie über die Gesamtentwicklung des Gemeinwesens mit. Weil sie teilhaben und mitentscheiden, gleich welchen Geschlechts oder wie alt sie sind, woher sie kommen und welche Sprache sie sprechen, lassen sich die notwendigen Änderungen in der Gesellschaft bewerkstelligen. Bereits im Frühstadium der Planungsprozesse gibt es Verfahren zur gemeinsamen Willensbildung von Bürgern, Politik und Verwaltung. Die Ergebnisse dieser Beteiligungen fließen formal legitimiert in die Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen ein.

→ Handlungsziele

- Systematischer Ausbau der Angebote zur Mitwirkung und Beteiligung im Kiez, im Bezirk und auf gesamtberliner Ebene. Sie sollen mit einer Ausstattung versehen werden, die Lust auf Einmischung weckt.
- Die Möglichkeiten zur Nutzung von Formen direkter Demokratie, wie Bürgerbegehren und Volksentscheid, werden auf Bezirks- und Landesebene verbessert. Bereits entwickelte Beteiligungsstandards werden verbindlich in der Praxis angewendet und weiterentwickelt.
- Frühzeitige Beteiligung junger Menschen bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mit ermunternden Formen.
- Eine bürgerorientierte Verwaltungsreform, die eine stärkere Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politisch-administrativen Entscheidungen gewährleistet.

→ Indikatoren

Aus einer umfassenden Liste von Indikatoren für Bürgerbeteiligung können hier nur drei beispielhaft aufgeführt werden:

- Anzahl attraktiver Anlaufstellen (Beteiligungsbüros) für Bürger/-innen im Bezirk bzw. Kiez
- Anzahl der Beteiligungsverfahren pro Jahr und Bezirk, je nach Art und Zielgruppe
- Regelungen für ein effektives Ineinandergreifen von Beteiligungsprozessen und Verwaltungsstrukturen

→ Maßnahmen

- In allen Bezirken werden leicht auffindbare und attraktive Anlaufstellen eingerichtet, um Bürger/-innen im Kiez, im Bezirk und in der Gesamtstadt eine effektive Einmischung zu ermöglichen – über Beteiligungsverfahren, wie Bürgerforen, Zukunftswerkstätten, Runde Tische, etc.
- eine Landesarbeitsstelle für Bürgerbeteiligung, u.a. zur Schulung von Verwaltungsmitarbeitern in Bürgerbeteiligungsfragen wird eingerichtet.
- Rede- und Antragsrecht von Bürger/-innen in sie betreffenden Angelegenheiten wird in den Geschäftsordnungen aller Bezirksverordnetenversammlungen geregelt.
- Jugendparlamente werden auf Bezirksebene durch themenbezogene Jugendforen ersetzt bzw. neu eingerichtet.
- Amtliche Dokumente und Unterlagen für Beteiligungsprozesse werden für alle Bürger/-innen verständlich gestaltet – auch in anderen Sprachen und altersgemäß.
- Die Ergebnisse der jeweiligen Beteiligungsverfahren müssen formal legitimiert – d.h. in einem geregelten Verfahren – in die Entscheidungsebenen von Politik und Verwaltung einfließen.

→ Leitprojekte

1. Das Beteiligungsmodell „Bürgerhaushalt“, bei dem die Bürger/-innen maßgeblich an der Erstellung des Haushalts mitwirken und wesentliche Teile des Haushalts in einem gemeinsamen Verfahren mit der Verwaltung und dem Parlament selbst bestimmen können, wird in Berlin eingeführt.
2. Eine „Zwischennutzungsagentur“ zum Zweck der innovativen Nutzung momentan ungenutzter Liegenschaften (Flächen und Gebäude) mit wirksamem Mitspracherecht der Bürger/-innen wird realisiert.
3. Standards für Koordinierungsstellen und Beteiligungsbüros der Kinder- und Jugendmitbestimmung werden entwickelt und konsequent angewandt.

→ **Kontakt** Erhard O. Müller,
Tel. 204 40 77 oder 0177-277 85 46, FoBuerg@aol.com

Die Mischung macht's...



→ Leitbild

In unserer Stadt werden die Menschen einer Vielzahl befriedigender Beschäftigungen nachgehen. Gesellschaftlich anerkannt und sozial abgesichert sind aber nicht nur diejenigen, die einen festen und bezahlten Job haben. Wer seine Angehörigen versorgt, ehrenamtlich im Sportverein oder in der Nachbarschaftshilfe tätig ist, wer Teilzeit mit anderen Tätigkeiten kombiniert, wer sich für einen neuen Beruf qualifiziert – jede/r verfügt über ein gesichertes Mindesteinkommen und erfährt Unterstützung in gemeinschaftlichen Infrastrukturen. Soziale Tätigkeiten sind gleichermaßen anerkannt wie Erwerbsarbeit und verbessern den Zugang zu bezahlter Arbeit.

Mischarbeit ermöglicht eine gerechtere Verteilung der verschiedenen Arbeiten. Einerseits sind soziale Tätigkeiten aufgewertet, andererseits ist das „Arbeiten ohne Ende“ eingeschränkt worden. Früher in der Arbeitswelt systematisch Benachteiligte – Frauen, Jugendliche, Ältere, Ausländer oder Leistungsgeminderte – werden entsprechend ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten in die Reproduktion und Entwicklung der Gesellschaft einbezogen; sie erhalten Entgelte, die zur Deckung ihrer materiellen und sozialen Grundbedürfnisse ausreichen.

→ Handlungsziele

Die individuelle Mischung aus Erwerbs- und Versorgungs-Tätigkeiten, Eigenarbeit und Engagement für die Gesellschaft soll das Arbeiten insgesamt abwechslungsreicher und für den einzelnen befriedigender machen, Stress und gesundheitliche Belastungen abbauen, die soziale Sicherheit erhöhen. Befriedigender und weniger entfremdet ist Arbeit auch deshalb, weil die Menschen in Unternehmen und Institutionen quali-

fiziert und selbstbestimmt an sozial und ökologisch sinnvollen Produkten und Dienstleistungen arbeiten:

1. Alle Arbeitsformen und ihre Kombinationen werden gesellschaftlich anerkannt und gefördert.
2. Die physische und psychische Gesundheit sowie die Persönlichkeitsentwicklung werden gefördert.
3. Das Entgelt für geleistete Arbeit wird sicher und gerecht gestaltet.
4. Die Arbeitsprozesse werden nach sozialen und ökologischen Ansprüchen gestaltet.
5. Die Menschen werden zu sozialen Innovationen im Bereich Arbeit ermutigt.
6. Angesichts der sich stetig wandelnden Arbeitsbedingungen wird „lebenslanges Lernen“ gefördert.

→ Indikatoren

Für diese Handlungsziele hat das Fachforum Indikatoren entwickelt – wie z. B. den Anteil der Arbeitsverhältnisse mit der Möglichkeit zur Mischarbeit; oder den Anteil der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsprüfungen durchführen.

→ Maßnahmen und Projekte

Die aufgeführten Handlungsziele in Richtung auf Nachhaltigkeit und einen neuen Arbeitsbegriff der „Mischarbeit“ sollen zunächst in folgenden Leitprojekten erprobt werden:

1. Beschäftigungsorientierte Genossenschaften – ein Projekt zur Gründung beschäftigungsorientierter Genossenschaften mit lokalökonomischer Ausrichtung durch Vernetzung bestehender und in Gründung befindlicher Genossenschaften und Initiativen.
2. Häuser für Eigenarbeit in jedem Berliner Bezirk. Ziel des Projekts ist die Einrichtung von bezirklichen *Häusern und Gärten der Eigenarbeit* einschließlich der technischen und personellen Grundausstattung. Sie bieten den Anwohner/-innen die Möglichkeit, handwerkliche und soziale Fähigkeiten durch das Erstellen eigener Produkte weiter zu entwickeln.
3. Bürgerschaftliches Engagement und Arbeit am Beispiel der Agenda 21. Ziel des Projekts ist es, aus den Erfahrungen beteiligter Bürger heraus die Bausteine für Engagementförderung zu analysieren und zu einer kommunalen Handlungsanleitung (für Berlin, ggf. auch für andere Orte) zusammenzustellen.

→ Kontakt

Erhard O. Müller, Tel. 204 40 77 oder
Tel. 01 77-277 85 46, fobuerg@aol.com

Technik für eine gerechtere Gesellschaft



→ Leitbild

Berlin wird eine Stadt, in der die Innovationen der Informations- und Kommunikationstechniken entwickelt, nachhaltig gestaltet und im Sinne einer Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft genutzt werden und in der alle die gleichen Zugangschancen zu technisch vermittelter Information und Kommunikation haben – für Arbeit, politische Teilhabe und Freizeit, unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen, Herkunft oder körperlichen Einschränkungen.

→ Handlungsziele

Die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wird ressourcensparend und schadstoffarm gestaltet. Der Energieverbrauch in Produktion und Gebrauch wird minimiert, der Anfall von Elektronikschrott durch hochwertige Strukturen in der Kreislaufwirtschaft verringert. Bis zum Jahr 2006 soll Berlin seine EDV-Geräte zu einem Anteil von mindestens 20 % nach ökologischen Kriterien beschaffen, bis 2020 zu 100 %.

Das Grundangebot an Information für alle Mitglieder der Gesellschaft und deren freier Zugang zu Informations- und Kommunikationsquellen wird gesichert und gefördert. Das geistige Eigentum wird geschützt, die Medienkompetenz sowie ressourcenschonende und sozialförderliche IKT-Anwendungen verbreitert. Dazu zählt insbesondere auch ihre Nutzung für partizipative Prozesse. Hierfür ist ein preiswertes, sicheres und schnelles Internet für alle von hoher Bedeutung.

→ Indikatoren

- Anzahl der Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich „Nachhaltigkeit und IKT“
- Anzahl der Aus- und Weiterbildungsgänge zu IKT an Universitäten und Fortbildungseinrichtungen
- Aufkommen, Wiederverwendungs- und Recyclingquote zu entsorgender EDV-Geräte
- Anteil der nach ökologischen Maßstäben beschafften EDV-Geräte in der öffentlichen Verwaltung
- Anzahl der Internet-Anschlüsse pro 1000 Einwohner/Haushalte; Unterschiede nach Geschlecht, Altersgruppe, Bildung, Einkommen und Herkunft
- Ausstattungsgrad der Schulen mit IKT und Internet
- Anteil der Vorgänge im e-government (IKT-unterstützte Verwaltung) an den Verwaltungsaktivitäten

→ Maßnahmen

Berlin betreibt weiterhin die erfolgreiche Landesinitiative „Projekt Zukunft“ und nutzt in diesem Rahmen oder darüber hinaus die folgenden Handlungsoptionen:

- Aufbau einer lokalen Kreislaufwirtschaft für IKT-Produkte mit effizienten Systemen zur Verlängerung der Nutzungsdauer, der Rücknahme und des hochwertigen Recyclings
- Informationen zur nachhaltigen Konsumtion und Produktion für Verbraucher und Hersteller über geeignete Portale sowie strukturelle Anpassungen im wirtschaftlichen und öffentlichen Beschaffungswesen
- Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Verkehr, Logistik und Gesundheitsversorgung durch aktive Nutzung der IKT-Potenziale
- aktive Gestaltung neuer Arbeitswelten durch den Einsatz moderner Informationstechniken, die sich durch hohe Flexibilität, Mobilität und lebenslanges Lernen auszeichnen
- Ausbau des e-government mit hoher Transparenz und leichteren Zugängen zu Entscheidungsprozessen.

→ Leitprojekte

- Zukunftsfähiges Berlin durch Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik (Integration in Projekt Zukunft)
- Ausbau der regionalen Kreislaufwirtschaft im IKT-Bereich (Re-using von EDV-Geräten)
- Kiezportale für lokale Gewerbebetriebe und nachhaltige Produktinformationen

→ Kontakt

Lars Vogelsang, Tel. 61 28 08 71

Agenda-Agentur Berlin, vogelsang@agenda-agentur.de

Bildung zukunftsorientiert gestalten



Auch in Berlin stehen in den meisten Bildungseinrichtungen noch Formen und Inhalte bei der Wissensvermittlung im Vordergrund, die nicht ausreichend sind, um Kinder und Jugendliche auf die Aufgaben zur Lösung ökonomischer, sozialer und ökologischer Probleme in Gegenwart und Zukunft vorzubereiten. Auch im Berliner Schulsystem werden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, für Menschen mit nicht-deutscher Herkunft und aus benachteiligten sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen sowie für Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen nicht aufgehoben, sondern verstärkt. Das sind einige Gründe, die ein Umdenken erforderlich machen.

→ Leitbild

Unsere Stadt braucht Menschen aller Altersgruppen, die durch Bildung befähigt werden, ihr Wohnumfeld und gesellschaftlich zukunftsfähige und umweltverträgliche Entwicklungen einer multikulturellen europäischen Metropole mitzugestalten. Dabei sollen Konzepte der Nachhaltigkeit handlungsleitend sein. Der Erwerb von umfassender Sprachkompetenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen gesellschaftlicher Integration. Kommunikation befähigt insbesondere Menschen nichtdeutscher Herkunft zur aktiven Mitgestaltung. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird eine Selbstverständlichkeit im lebenslangen Bildungsprozess in allen Bildungsbereichen. Die Lern- und Innovationsbereitschaft von Menschen und Institutionen wird in ihren Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen der Stadt im Sinne der Nachhaltigkeit sichtbar.

→ Handlungsziele

Die Modernisierung des formalen Bildungssystems unter dem Leitbild „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in allen Bildungs- und Ausbildungsbereichen ist vorrangig. Dazu gehört die Vermittlung von Wissen über ökologisches Gleichgewicht, über soziale Gerechtigkeit hier vor Ort und weltweit und über Strategien ökologischer und sozial verträglicher Wirtschaft.

Schon in Kindergarten und Schule können unser Lebensstil und unsere kulturellen Werte reflektiert werden. Bildungseinrichtungen sollen sich öffnen und konkrete Handlungsfelder anbieten. Sie sollen nach ökologischen und sozialen Kriterien anregend gestaltet und gesundheitsfördernde Lebensräume sein, die allen Beteiligten Gelegenheit zur phantasievollen Mitgestaltung gibt.

Nachhaltigkeit soll kein Schlagwort sein, sondern konkreten Eingang in die Schulrahmenpläne und in die Schulprogramme erhalten. Dazu müssen z.B. Handreichungen für fachübergreifende Themen zur Verfügung stehen, Beratungen angeboten werden und konkrete außerschulische Lernorte in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Gerechte Teilhabe von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern an allen Bildungsangeboten und spezielle Mädchenförderungsangebote sind Teil des Nachhaltigkeitsgedankens. Die Forderung an die Politik ist vor allem die Bereitstellung für die Ressourcen zur Umsetzung dieser Ziele.

→ Indikatoren

Die Indikatoren beziehen sich z. B. auf die Anzahl der Bildungseinrichtungen, die Nachhaltigkeit zum Leitbild haben, auf die Erweiterung der höheren Bildungsabschlüsse und die Ausweitung der Schulen, die Kinder, Schüler/-innen mit Beeinträchtigungen und besonderem Förderungsbedarf angemessen integrieren.

→ Projekte

- Weiterführung des Programms „BLK-Transfer 21 – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“
- Einführung von Mobilitätskursen an Schulen im Sekundarbereich, verknüpft mit Fahrausbildung durch Fahrlehrer

→ Kontakt

Hilla Metzner, Tel. 393 16 98,
hilmetzner@aol.com

Globale Gerechtigkeit gemeinsam gestalten



→ Leitbild

Berlin ist sich seiner globalen Verantwortung bewusst und engagiert sich auf internationaler Ebene. Im Dialog mit Partnern aus anderen Teilen der Welt werden Lösungsansätze gemeinsam diskutiert, Strategien verglichen und voneinander gelernt. Als Nord/Süd- und Ost/West-Zentrum verfügt die weltoffene Metropole über einzigartige Voraussetzungen, Kenntnisse, Verbindungen und Institutionen, um sich für die Perspektiven der Einen Welt einzusetzen.

→ Handlungsziele

Berlin nutzt die Vielfalt von entwicklungspolitischen Initiativen, Organisationen (NRO), Netzwerken, Migranten/-innenorganisationen, Botschaften und Konsulaten, politischen Stiftungen sowie nationalen und internationalen Instituten und Wirtschaftsverbänden. Eine abgestimmte Entwicklungspolitik wird in Verwaltung und Parlament entsprechend den entwicklungspolitischen Leitlinien gefördert und umgesetzt.

Der Außenhandel Berliner Unternehmen wird darauf überprüft, inwieweit er und seine Förderprogramme auch für die Länder des Südens positive Wirkungen haben (Entwicklungsverträglichkeit als Merkmal Berliner Landespolitik).

Entwicklungs- und umweltpolitische Zusammenhänge („Globales Lernen“) werden im Berliner Schulgesetz verankert und im Unterricht und in die Aus- und Fortbildung der Lehrer/-innen integriert.

Die Städtepartnerschaften Berlins werden belebt und auch Bürger/-innen, Vereine und Verbände daran beteiligt. Gefördert werden vor allem Städte und Schulpartnerschaften zu „Entwicklungsländern“. Die Vielfalt der Kulturen in Berlin wird gestärkt.

→ Indikatoren

- Anzahl zweisprachiger Kindergärten und Schulen
- Anzahl der Schulungen des Personals im öffentlichen Dienst in interkultureller Kommunikation und anti-rassistischem Training
- Anzahl und Verkaufsflächen von Fair Trade-Läden, Umsatz von Fair-Trade Produkten
- Zahl von Schulpartnerschaften und Projekten, auch der Zivilgesellschaft, im Rahmen offizieller Partnerschaften mit Kommunen in „Entwicklungsländern“
- Mittel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit (Ziel: 0,25–0,50 € pro Einwohner)

→ Maßnahmen

Der Berliner Senat unterstützt finanziell und organisatorisch das Engagement der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit. Zur langfristigen Absicherung dieser Arbeit werden eine Berliner Stiftung für Entwicklung und ein „Haus der Internationalen Kooperation“ gegründet. Der Rassismus wird durch Präventionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, Unterstützung von MigrantInnenorganisationen und entwicklungspolitische Bildungsarbeit bekämpft. International orientierte Netzwerkstrukturen mit entwicklungspolitischer Zielrichtung werden gestärkt. Die öffentlichen Auftraggeber bevorzugen bei der Beschaffung fair gehandelte Produkte.

→ Projekte

- Zukunft schmecken – nachhaltige Produkte für Konsumenten und Unternehmen
- Forum „Internationale Partnerschaften und Globales Lernen“
- Migration und Integration. Vom integrationshemmenden zum integrationsfördernden Ansatz

→ Kontakt

Annette Berger, Tel. 428 515 87,
buero@BER-Landesnetzwerk.de,
Michael Strecker, Tel. 0174-137 31 71, flyla21@gmx.de

Offen für neue Energie

Selber herstellen, intelligenter anwenden,
weniger verbrauchen



→ Problemskizze

Klimaschutz ist eine weltweite Aufgabe, der sich vor allem die Regionen mit überhöhtem Energieverbrauch stellen müssen. Berlin muss sich daher weiterhin im Klimaschutz besonders engagieren.

→ Leitbild

Die Grundbedürfnisse der Menschen nach Energiedienstleistungen werden befriedigt ohne hierbei die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden. Berlin setzt nicht nur auf „mehr Geld“, sondern auf „mehr Intelligenz“ und „mehr Überzeugung und Mobilisierung“ in der Stadtgesellschaft. Bausteine einer vorsorgenden Klimaschutzpolitik sind Energiesparen, die konsequente Steigerung der Effizienz, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Änderung unseres Lebensstils und Konsumverhaltens.

→ Handlungsziele

Als Handlungsziel für 2010 verständigt sich die Stadt darauf, die CO₂-Emissionen um 25% zu reduzieren. Bis 2020 sollen die CO₂-Emissionen mindestens um 40% reduziert werden.

Weitere Handlungsziele bis zum Jahr 2020 sind der Ausbau der Solarthermie auf 400.000 m², der Photovoltaik auf 120 MWp und des Wärmeanteils aus KWK (Kraft-Wärme-Kopplung, Fern- und Nahwärme) am Gesamtwärmemarkt in Berlin auf 40%.

Auch der Lebensstil und das Konsumverhalten beeinflussen den Klimawandel. Weitere Ziele sind daher der

Verzicht auf die Verwendung von nichtzertifiziertem Tropenholz und die Senkung des Fleischkonsums (Methan, Lachgas). Darüber hinaus soll das ausgasende Methan der von Berlin belieferten Abfalldeponien erfasst und verwertet werden.

→ Indikatoren:

Als Leitindikator werden die CO₂-Emissionen berechnet. Darüber hinaus werden die Kollektorfläche für die Solarthermie, die installierte Leistung für die Photovoltaik und der Wärmeanteil aus KWK (Fern- und Nahwärme) am Gesamtwärmemarkt in Berlin verwendet.

→ Maßnahmen und Projekte

Leitprojekte sind:

- Klimaschutz schafft Arbeit
- das Land Berlin als energiebewusster Bauherr und Nutzer
- Klimaschutz beginnt auf der Schulbank
- Sonne auf die Dächer.

Weiterhin sind folgende Maßnahmen und Projekte vorgesehen: der Klimaschutzfonds, Energie und Kosten sparen in Industrie und Gewerbe, Klimaschutz und Verkehr, kein Tropenholz ohne Siegel, Abfälle können auch gen Himmel stinken, erste Berliner Grasheizung, Fleischkonsum senken – gut für's Klima, gut für die Gesundheit und eine neue Kultur im Umgang mit Wasser.

→ Kontakt

Stefan Richter, GRÜNE LIGA, Tel. 44 33 91-0,
stefan.richter@grueneliga.de
Rainer Stock, IHK Berlin, Tel. 31 510 498,
stk@berlin.ihk.de



Geschlechtergerechtigkeit umsetzen



→ Leitbild

Geschlechtergerechtigkeit ist das Leitbild für eine zukunftsfähige Entwicklung, die eine Veränderung von Geschlechterrollenstereotypen, einen Wandel von Werten und Vorstellungen sowie Abbau von Vorurteilen und Ungerechtigkeiten bedeutet. Frauen und Männer tragen gemeinsam Verantwortung für die nachhaltige Gestaltung von Lebens- und Politikbereichen, wie Gesundheit, Mobilität, Wohn- und Arbeitswelt, Produktion, Versorgungsarbeit und Ressourcenschutz. Es ist für Frauen gleichermaßen selbstverständlich, in Führungspositionen zu arbeiten wie für Männer, sich um die Kindererziehung und den Haushalt zu kümmern.

Das Ziel der Nachhaltigkeit bezieht sich auf die Lebensrealität und die Lebenschancen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen gleichermaßen. Darum müssen die Lebensbedingungen, Interessen und Vorstellungen von Frauen und Männer in gleicher Weise in den Prozess der Lokalen Agenda 21 eingebracht werden.

Die Integration von Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung des Gender Mainstreaming im Rahmen der Agenda 21 für eine nachhaltige Entwicklung im Land Berlin geht über die bisherigen Maßnahmen der Frauenförderung hinaus. Sie baut auf diesen auf und ergänzt sie mit neuen Ansätzen. Bestehende Ungleichheiten in vielen, für die Agenda 21 relevanten Bereichen müssen auch weiterhin durch das Instrument der Frauenförderung ausgeglichen werden.

→ Qualitätsziele

Die Stadt Berlin ist attraktiver Lebensraum, der für Frauen und Männer gleichberechtigte Entwicklungsperspektiven bietet. Es gibt eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen, eine gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungen auf allen Ebenen. Die Frauenpolitik und Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe wird in alle Politikfelder einbezogen. Dazu gehört die gerechte Vergabe öffentlicher Mittel unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting). Eine strikte Umsetzung von Gender Mainstreaming erfolgt in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und allen Bereichen des öffentlichen Lebens, wodurch auch in der privaten Lebensplanung gleichberechtigte Lebensmodelle erleichtert werden.

→ Handlungsziele

Frauen und Männer haben gleiche Ausbildungs- und Weiterbildungschancen, Chancengleichheit von Frauen und Männern besteht auch auf dem Arbeitsmarkt. Familien- und Versorgungsarbeit werden auf Frauen und Männer gleich verteilt (z.B. Väter nehmen die Hälfte des Erziehungsurlaubs). Frauen und Männern muss eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen möglich sein. Alle Tätigkeiten von Frauen und Männern müssen als gleichwertig bewertet werden.

→ Indikatoren

Um Geschlechtergerechtigkeit zu messen, werden spezifische Indikatoren entwickelt. (EqualIX/Kommunaler Gleichstellungsindex.)

→ Leitprojekte

- Förderung von Familienfreundlichkeit in Unternehmen
- Runder Tisch gegen häusliche Gewalt (Gewaltpräventionsprojekt)
- Frauen im Klimaschutz

→ Kontakt

Ulrike Jobst, Tel. 44 33 09 49,
ulrike.jobst@profutura-ev.de oder
Dr. Ute Waschkowitz, Tel. 90295-2633,
ute.waschkowitz@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Mobilität

Shopping per Rad – Schwerpunkt Fahrradabstellanlagen für die Berliner Innenstadt

Cornelia Rövekamp, Tel. 456 62 04, c_roevekamp@web.de

Das Fahrradtaxi – Etablierung als Logistiklösung und Berliner Verkehrsmittel

Kai Lübeck, Rodenbergstr. 37, 10439 Berlin

Tel. 44 03 61 64, 0171/212 48 85, info@rikschataxi.de

Europäisches Netzwerk für Mobilität und Lokale Agenda 21

Ulrich Nowikow, Tel. 47 306 307, ulrich.nowikow@t-online.de

Berlin in der märkischen Landschaft

Stärkung des Absatzmarktes von regionalen

Bio-Produkten in Berlin

Michael Wimmer, FÖL, Tel. 814 65 200 und Dr. Hartwig Berger

Natur mit MigrantInnen gemeinsam schützen und gestalten – Umsetzung Interkultureller ökologischer Gärten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Berlin

Herbert Lohner, bundloohner@bund-berlin.de;

Dr. Hartwig Berger, Tel. 318004 06, hartwig.berger@t-online.de

Regionalparks als Potenziale für die Entstehung neuer Kulturlandschaften

Elke Schuster, Tel. 96 06 18 76, schuster.elke@gmx.de

Beate Kietzmann, Tel. 92 79 98 30, NSS Malchow



Nationalpark Unteres Odertal

Soziale Stadtentwicklung

Das Revaler Viereck – ein Modellprojekt für nachhaltige innerstädtische Entwicklung auf Bauflächen

Katja Niggemeier, katja.Niggemeier@gmx.de, Tel: 0172-6514212

Neue Wohnformen mit Zukunft – eine soziale Vorsorge für das Alter – Gemeinschaftlich und Generationen verbindend

Heike Grünewald, Tel. 771 63 84, bunteshaus@web.de

Autofreies Wohnen-Stadtviertel z.B. an der Panke

Markus Heller, Tel. 280 79 40, info@autofrei-wohnen.de

Experiment City Berlin

Dr. Michael LaFond, Tel. 755 03-189, michael@id22.de

Partizipation

Bürgerhaushalt als Teilnehmungsmodell für Berlin

Erhard O. Müller, fobuerg@aol.com

Die Zwischennutzungsagentur – Instrument praktischer Teilhabe

Stefanie Raab, c/o Workstation, Revaler Strasse 99, 10245 Berlin, stefanie_raab@web.de

Standards für Koordinierungsstellen und Beteiligungsbüros der Kinder- und Jugendmitbestimmung in Berlin – Standards

Herr Poggel, Tel. 90265565, guenther.poggel@senbj.s.verwalt-berlin.de

Zukunft der Arbeit

Beschäftigungsorientierte Genossenschaften

Elisabeth Voss, post@elisabeth-voss.de

Bürgerschaftliches Engagement und Arbeit am Beispiel der Agenda 21

Eckart Hildebrandt, Tel. 254 91 279 /270,

seeloewe@medea.wz-berlin.de

Häuser für Eigenarbeit in jedem Berliner Bezirk

Daniel Dahm, Tel. 420 874 99, jddahm@j-d-d.net

Wandel zur Informationsgesellschaft

Zukunftsfähiges Berlin durch Nutzung der IuK-Technik

Frau Emenlauer-Blömers, Tel. 9013-7404

Ausbau der regionalen Kreislaufwirtschaft im IKT-Bereich

Frank Becker, Kubus, reuse@zek.tu-Berlin.de, Tel. 314 26056

Kiezportale

Dr. Matthias Teller, Tel. 03379-448 141, teller-bfu@t-online.de

Bildung

BLK-Transfer-Programm 21 –

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

Hilla Metzner, Tel. 838-56471

programmwerkstatt@service-umweltbildung.de

Einführung von Mobilitätskursen an Schulen im Sekundarbereich, verknüpft mit Fahrausbildung durch Fahrlehrer

Adolf-Eugen Bongard, Tel. 817 30 97, ivp-berlin@t-online.de

Eine Welt

Zukunft schmecken – nachhaltige Produkte für Konsumenten und Unternehmen

Lutz Heiden, c/o BAOBAB, Christburger Straße 38, 10405 Berlin,
lutz.heiden@baobab-infoladen.de
Annette Berger, Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER);
buero@ber-landesnetzwerk.de

Forum „Internationale Partnerschaften und Globales Lernen“

Ulrich Nowikow, Granitzstr. 14 b, 13189 Berlin,
ulrich.nowikow@t-online.de,
Birgit Zimmerle, Turmstraße 10, 10559 Berlin, birgit@zimmerle.net

Migration und Integration. Vom integrationshemmenden zum integrationsfördernden Ansatz

Johannes Holz, Erzbischöfliches Ordinariat, Niederwallstraße 8-9,
10117 Berlin, Tel. 32684-190, missio@erzbistumberlin.de

Klimaschutz

Klimaschutz schafft Arbeit

Dr. Hartwig Berger, Tel. 318 00 406, hartwig.berger@t-online.de,
Heiko Glawe, heiko.glawe@dgb.de

Das Land Berlin als energiebewusster Bauherr und Nutzer

Dr. Uwe Römmling (IEMB), Dr. Klaus Mueschen, Tel. 9025 2145,
klaus.mueschen@senstadt.verwalt-berlin.de

Klimaschutz beginnt auf der Schulbank

Malte Schmidhals (Ufu), Tel. 42 84 99 30, malte.schmidhals@ufu.de

Sonne auf die Dächer

Dr. Klaus Mueschen, Tel. 90 25 21 45,
klaus.mueschen@senstadt.verwalt-berlin.de; Claudia Pirch-Masloch,
Tel. 8090 2563, claudia-pirch-masloch@gmx.de

Geschlechtergerechtigkeit

Förderung von Familienfreundlichkeit in Pankower

Unternehmen

Heike Gerstenberger, Tel. 9925-2305,
heike.gerstenberger@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Frauen im Klimaschutz

Dr. Heike Walk, Tel. 314-25848 oder 314-23665, Fax: 314-26917,
walk@ztg.tu-berlin.de

Runder Tisch gegen häusliche Gewalt (Gewaltpräventionsprojekt)

Christa Stangier, Tel. 6809-3555, Fax: 6809-2445,
christa.stangier@ba-nkn.verwalt-berlin.de



Agenda 21 – Was hat das mit uns zu tun?

Anders gefragt: Zukunft – Hat das was mit Ihnen zu tun? Ja doch? – dann ist auch Agenda 21 für Sie von Belang. Wie man sich um seine private Zukunft kümmert, so sollte man sich auch um unsere gemeinsame Zukunft kümmern. Hierfür haben sich in vielen Bezirken, Kiezen und Arbeitsgruppen Bürger/-innen zusammen getan und dort kann gern mitgewirkt werden. Darüber hinaus gibt es vielfältige Möglichkeiten, die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt zu fördern: Wir haben hier Projekte und Maßnahmen aufgelistet, die nur zum Teil von Seiten der Verwaltung, meist jedoch von Initiativen oder Vereinen ausgehen. Dort sind Mitstreiter/-innen immer willkommen.

Aber auch neue Initiativen können und müssen sich bilden, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Ob die in Ihrem Kiez, an Ihrem Arbeitsplatz, in Ihrer Schule, Ihrem Wohnhaus oder wo auch immer entstehen: Alle können dazu beitragen, unsere Stadt nachhaltig zu entwickeln.

Die Berliner Agenda 21 will Schwerpunkte in besonders dringenden Handlungsfeldern setzen, nicht Ihren Aktivitätsdrang einschränken. Nur durch Handeln lässt sich etwas erreichen. Texte wie dieser ändern allein gar nichts; sie sind nur dann sinnvoll und nützlich, wenn sie positive Aktivitäten auslösen.

Handlungsbereitschaft ist eine Voraussetzung, Geld oft eine weitere, um Projekte zu realisieren. Für Projekte zur Förderung nachhaltiger Entwicklung in Berlin gibt es die „Projektagentur Zukunftsfähiges Berlin“ beim IZT, die aus Mitteln der Lottostiftung finanziert wird. Hier konnten Initiativen und Verbände finanzielle Unterstützung für ihre Projekte beantragen. Eine Verlängerung ist geplant.

In diesem Sinne sind Sie zum Handeln eingeladen.



lokale **agenda 21** berlin

Wichtige Adressen zur Agenda in Berlin

Geschäftsstelle des Agendaforums

c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 44 33 91 64,
info@Agendaforum.de, <http://agendaforum.de>

Hierüber auch Kontakt zu den Fachforen, die die einzelnen Handlungsfelder bearbeitet haben

Agendabüro der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung,

Brückenstr. 6, 10179 Berlin, Tel. 9025-2131

klaus.mueschen@senstadt.verwalt-berlin.de,

www.stadtentwicklung.berlin.de/agenda21

Zuständig für die Koordination der Lokalen Agenda 21 in der Verwaltung

Projektstelle Lokale Agenda 21 in der GRÜNEN LIGA

Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 44 33 91 64,

berliner.agenda21@grueneliga.de

www.agenda21berlin.de

Beratung und Information zur Lokalen Agenda 21, Herausgabe der „BERLINER BRIEFE – Nachrichten zur Lokalen Agenda 21“ und des Agenda-Newsletters sowie Kontakt zu den bezirklichen Gruppen

Projektagentur „Zukunftsfähiges Berlin“

beim Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT),

Schopenhauerstraße 26, 14129 Berlin, Tel. 80 30 88-44,

e.goell@izt.de oder r.nolte@izt.de

www.izt.de/projektagentur/

Finanzierung von LA21-Projekten